



Update aus Berlin

April'24 (I)

... und was sagst Du?

**90 SEKUNDEN
GRUNDGESETZ**

**EUER BEITRAG
ZUR DEMOKRATIE!**



www.bernhard-daldrup.de/grundgesetz



Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

am 9. Juni 2024 wird ein neues Europäisches Parlament gewählt. Umfragen zeigen, dass Europa droht, nach Rechts abzuweichen. Gemeinsam mit unserer Spitzenkandidatin Katarina Barley stellen wir uns den Populistinnen und Populisten in Europa entgegen. Wir werden auch weiterhin Arbeitnehmerrechte in Europa stärken und die Transformation unserer Gesellschaft sozial gestalten. Dafür brauchen wir eine starke SPD im Europäischen Parlament.

Ein Ziel sozialdemokratischer Politik ist immer schon Bildungsgerechtigkeit gewesen. In dieser Woche beraten wir einen Antrag der Ampelfraktionen zum Startchancen-Programm, das mit 20 Milliarden Euro das größte Bildungsprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik ist. Es geht im August dieses Jahres an den Start und soll mehr Bildungsgerechtigkeit schaffen. Bisher hängt der Bildungserfolg stark vom Elternhaus ab. Das ist nicht fair. Wir wollen, dass jedes Kind die gleichen Chancen auf gute Bildung und ein besseres Leben hat. Das Startchancen-Programm setzt genau hier an: In den nächsten zehn Jahren investieren Bund und Länder jeweils zehn Milliarden in Schulen mit einem hohen Anteil sozial benachteiligter Schülerinnen und Schüler. Rund eine Million Schüler:innen und Schüler erreichen wir so – vor allem in Grundschulen, aber auch in weiterführenden Schulen. Besonders Grundkompetenzen wie Lesen, Schreiben und Rechnen sollen gefördert und verbessert werden. So sorgen wir für mehr soziale Gerechtigkeit in der Bildungspolitik. Nun kommt es darauf an, das Programm gemeinsam mit den Ländern zügig umzusetzen.

Im November 2023 haben sich unser Bundeskanzler Olaf Scholz und die Ministerpräsidentinnen und -präsidenten auf die Einführung einer bundesweit einheitlichen Bezahlkarte für Geflüchtete geeinigt. Damit wollen wir Zahlungen in die Herkunftsländer und an Schleuser unterbinden. Die Bezahlkarte funktioniert im Wesentlichen wie eine normale Geldkarte, nur Überweisungen ins Ausland und der Bezug von Bargeld sind eingeschränkt. Einen Teil der Leistungen können Asylbewerberinnen und Asylbewerber in bar erhalten. An der Höhe der Gesamtleistung ändert sich nichts. Für Kommunen soll der Verwaltungsaufwand sinken. Es ist gut, dass sich die Ampel bei diesem Thema nun geeinigt und so für mehr Rechtssicherheit für die Länder gesorgt hat.

Viel Spaß beim Lesen und ein schönes Wochenende,

Euer



Inhalt

**Mobile Sprechstunde am 17. April in Ahlen >>> Die Umfrage. >>> 90 Sekunden
Grundgesetz - Der Videowettbewerb! >>> Wir möchten mehr sehen als die
Mietpreisbremse. >>> AG Kommunalpolitik. >>> Einführung einer Bezahlkarte für
Geflüchtete. >>> Besuch der Sekundarschule Sassenberg. >>> Wohnungsbautag 2024.
>>> SPD im Münsterland bereit für Europawahlkampf.**

Zum Angriffskrieg auf die Ukraine



Diese Woche habe ich ein Interview in den Westfälischen Nachrichten zum Angriffskrieg auf die Ukraine gegeben. Ich fand es gut, dass ich als Abgeordneter vor Ort die Möglichkeit bekommen habe, meine Sicht darzustellen. Ausführlicher als es in der Zeitung steht, findet ihr meine Antworten hier:

Kreis Warendorf. Die SPD legt im Bund gerade einen gewaltigen Spagat hin. Verteidigungsminister Boris Pistorius will, dass die Bundeswehr „kriegstauglich“ wird, und der Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Rolf Mützenich, würde den Krieg am liebsten „einfrieren“. Bernhard Daldrup, heimischer Bundestagsabgeordneter aus Sendenhorst, machte einst selbst gegen den Nato-Doppelbeschluss mobil und sympathisierte mit der Friedensbewegung. Ob er seine Partei auch heute wieder als Friedenspartei wahrnimmt, darüber sprach Redakteurin Beate Kopmann mit dem Sozialdemokraten.

Herr Daldrup, Kanzler Scholz wird von einigen heftig kritisiert, weil er zunächst 5000 Helme für das ukrainische Militär freigab und in der Folge nur zögernd schwere Waffen. Jetzt verweigert er die Lieferung von „Taurus“-Marschflugkörpern – mit dem Hinweis, Deutschland könnte dadurch Kriegspartei werden. Überzeugt Sie diese Argumentation?

Daldrup: Die SPD legt keinen Spagat hin, Deutschland gehört nach den USA zu den größten Unterstützern der Ukraine. Weil sich die Lage fundamental verändert hat, muss die Rolle der Bundeswehr von einer internationalen Eingreiftruppe wieder deutlich stärker auf die Landesverteidigung umgebaut werden. Dessen ungeachtet über die Frage zu diskutieren, wie der Krieg auch durch internationale Diplomatie beendet werden kann, eint Pistorius, den Kanzler und den Fraktionsvorsitzenden.

Ich bin froh, dass der Kanzler nicht jedem schnellen Ruf selbsternannter Kriegsexperten nach mehr Waffen folgt. Und vor allem, dass er seinem Amtseid folgt, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden. Kaum, dass eine Waffenlieferung erfolgt, kommt die Forderung nach der nächsten „schweren Waffe“. Wenn das Risiko wächst, dass der Krieg ausgeweitet wird, bin ich für Risikovermeidung.

Russland ist eine Atommacht, militärisch ist es eine Weltmacht. Das soll uns nicht davon abhalten, die Ukraine zu unterstützen. Die überlegte Handlung des Kanzlers trägt dazu bei, dass die bundesdeutsche Gesellschaft in dieser Frage die Regierung deutlich unterstützt.

Es ist ein paar Wochen her, dass unser Bundesverteidigungsminister, Boris Pistorius (SPD), im Kreis Warendorf zu Besuch mit klaren Worten unsere beständige Unterstützung der Ukraine unterstrichen hat. Klar ist: unsere Unterstützung hängt nicht allein an einem einzigen Waffensystem.

Ich darf daran erinnern: Kaum, dass der Ruf nach schweren Waffen verhallt war, kam die Forderung nach dem nächsten Waffensystem. Sollen diese Entscheidungen tatsächlich von öffentlichen Stimmungslagen abhängig gemacht werden oder besser vom Urteil derjenigen, die mehr wissen, mehr davon verstehen und die Entscheidung auch verantwortlich treffen müssen? Am 22. Februar 2024 hat die Koalition die Lieferung von zusätzlich erforderlichen weitreichenden Waffensystemen und Munition beschlossen, um die Ukraine in die Lage zu versetzen, völkerrechtskonforme, gezielte Angriffe auf strategisch relevante Ziele weit im rückwärtigen Bereich des russischen Aggressors zu ermöglichen.

Der durchsichtige Antrag der CDU/CSU nach Taurus Lieferungen hat keine Unterstützung gefunden.

Verantwortliche Militärs gehen davon aus, dass viele ukrainische Soldaten nicht hätten sterben müssen, wenn der Westen – also auch Deutschland – rechtzeitig effektivere Waffen geliefert hätten. Macht Sie dieser Vorwurf nachdenklich?

Daldrup: Er ist absurd. Ukrainische Soldaten mussten sterben, weil Putin völkerrechtswidrig das Land überfallen hat. Noch einmal: Deutschland ist der größte europäische Unterstützer der Ukraine, mit weitem Abstand. Ich wünsche, dass die Kritiker der deutschen Politik mal einen Blick auf die anderen europäischen Staaten lenken und dort ihre Forderungen platzieren. Für die Bundesregierung gilt: die Ukraine muss in die Lage versetzt werden, den russischen Angriffskrieg zurückzuschlagen und die territoriale Souveränität ihres Landes wiederherzustellen.

Seit Beginn des russischen Angriffskriegs am 24. Februar 2022 hat Deutschland Material aus Beständen der Bundeswehr mit einem geschätztem Wiederbeschaffungswert von etwa 5,2 Milliarden Euro an die Ukraine abgegeben. Zu den militärischen Unterstützungsleistungen zählen unter anderem gepanzerte Gefechtsfahrzeuge, Luftverteidigungssysteme, Artillerie, Drohnen, Schutz- und Spezialausrüstung und einiges mehr. Außerdem sind in Deutschland über 10.000 ukrainische Soldatinnen und Soldaten militärisch ausgebildet worden. Die Kosten für diese Ausbildung belaufen sich bisher auf etwa 282 Millionen Euro. Weitere Aufwendungen gibt es für die Behandlung von verwundeten ukrainischen Soldatinnen und Soldaten.

Die finanzielle Unterstützung geht noch weit darüber hinaus - am Ende übrigens auch durch die Aufnahme von über einer Million Flüchtlinge. Dass es beim Thema Munition nicht schnell genug vorangegangen ist, ist kein neues und auch kein deutsches Phänomen. Die Amerikaner haben es ebenfalls nicht geschafft, die Munitionsproduktion schnell genug hochzufahren. Wir werden Ende des Jahres auch in Deutschland deutlich mehr Munition produzieren und unterstützen den Einkauf in anderen Ländern.

Boris Pistorius hat auf die Forderung von Rolf Mützenich, man solle den Krieg am besten „einfrieren“ mit dem Hinweis reagiert, dies „würde am Ende nur Putin helfen“ und vor einem Diktatfrieden gewarnt. Sind Sie auf der Seite von Pistorius oder von Mützenich?

Daldrup: Die Frage bringt mich etwas in Rage. Ich bin froh, dass wir einen Verteidigungsminister Boris Pistorius haben, der die Bundeswehr endlich wieder gut aufstellt - es gab eine Reihe christdemokratischer Verteidigungsminister, die das Gegenteil bewirkt haben. Und ich bin froh, dass wir mit Rolf Mützenich einen der versiertesten Außenpolitiker haben, der sich Gedanken macht, wie dieser Krieg beendet werden kann. Glauben wir ernsthaft, der Frieden würde allein auf dem Schlachtfeld geschaffen?

Militärische Unterstützung und Diplomatie schließen sich nicht aus. Russland, genauer Putin, ist derzeit nicht verhandlungsbereit. Deshalb muss die militärische Unterstützung fortgesetzt werden, um Putin an den Verhandlungstisch zu zwingen. Dieses Ziel braucht zusätzliche Unterstützung von der internationalen Gemeinschaft. Deutschland allein schafft das nicht. Ich finde es verstörend, wie wir eigenartig geschichtsvergessen fast nur noch in den Kategorien des Krieges diskutieren und jede anderen Meinung diskreditieren. Polen war dreimal von der Landkarte verschwunden und ist heute ein wiedervereintes demokratisches Land, viele ehemalige Staaten des Warschauer Pakt sind heute selbständige Demokratien und wer in den siebziger Jahren die deutsche Einheit vorhergesagt hätte, wäre für einen Phantasten gehalten worden. Nichts dieser Ergebnisse ist glücklicherweise durch Kriege entstanden, sondern durch Diplomatie infolge des zweiten Weltkrieges. Hier ist nicht der Raum, das im einzelnen darzustellen, aber bitte erlauben wir uns doch wenigstens eine Debatte darüber, ohne auch nur eine Minute an der militärischen Unterstützung der Ukraine zu zweifeln.

Ex-Kanzler Gerhard Schröder distanziert sich bis heute nicht von seinem Freund Putin. Ein Mann, der mehrere Angriffskriege angezettelt hat. Eine Liste politischer Auftragsmorde wird mit Putin im Zusammenhang gebracht. Haben Sie Verständnis für die Forderung mehrerer SPD-Ortsvereine, die Schröder aus der Partei ausschließen wollten? Was am Ende ja misslang.

Daldrup: Ich habe dafür Verständnis, weiß aber, dass der Parteiausschluss keine Aussicht auf Erfolg hat. Das kennen auch andere Parteien, eine müßige Debatte.

Die SPD hat sich von Gerhard Schröder klar politisch distanziert, er hat Putins Überfall klar verurteilt. Das wars.

Schröder wurde jüngst 80. Olaf Scholz zählte nicht zu den Geburtstagsgästen, wohl aber zum Beispiel Sigmar Gabriel. Hätten Sie eine Einladung angenommen, um mit Schröder zu feiern?

Daldrup: Die Frage hat sich mir nicht gestellt, weil sie völlig hypothetisch ist. Im übrigen habe ich wenig Lust an 80. Geburtstagen.

Der Ex-Kanzler hat seiner Partei kürzlich empfohlen, sich wieder stärker auf ihre Anti-Kriegs-Traditionen zu besinnen. Teilen Sie diesen Ansatz?

Die SPD war immer eine Friedenspartei, auch wenn sie politisch gezwungen war, sich in Regierungsverantwortung an Kriegen zu beteiligen, etwa im ehemaligen Jugoslawien oder in Afghanistan. Aber gerade Gerhard Schröder hat mit seinem Nein zum Irak-Krieg Mut bewiesen - das sei bei aller Kritik an ihm nicht vergessen.

Für sein Nein zu den Taurus-Lieferungen erhält Kanzler Scholz viel Rückhalt in der Bevölkerung. Schließen Sie aus, dass es auch wahltaktische Überlegungen in der SPD-Spitze sind, die diese Haltung festigen?

Daldrup: Ja. Kriege sind das Schlimmste, was man sich vorstellen kann. Tausende, hunderttausende Menschen sterben.

Von manchen öffentlichen Debatten habe ich nicht den Eindruck, dass Brutalität, Schmerz, Verlust und unermessliches Grauen des Krieges wirklich bewußt sind.

Ich finde die Unterstellung von Wahltaktik infam. Der Kanzler hat einen klaren Kurs. Er ist seinem Eid, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden, verpflichtet und füllt dies Aufgabe vorbildlich aus. Ganz sicher nicht aus wahltaktischen Gründen.

Mobile Sprechstunde auf dem Marienplatz in Ahlen

Wir setzen uns dafür ein, dass es in allen Regionen Deutschlands eine gute öffentliche Daseinsvorsorge gibt – mit einer guten Gesundheitsversorgung, guter Pflege, einem flächendeckenden öffentlichen Nahverkehr und bezahlbaren Mieten, guten Bildungs- und Betreuungseinrichtungen, aber auch vielfältigen Freizeit- und Kulturangeboten.

Wir machen Politik für die Fleißigen. Es geht uns um die, die arbeiten gehen und unser Land am Laufen halten. Es geht uns um Familien und diejenigen, die sich um Erziehung und Pflege kümmern oder sich ehrenamtlich engagieren. Und es geht uns um diejenigen, die nach einem Leben voller Arbeit ihren verdienten Ruhestand genießen. All diese Menschen in der Mitte unserer Gesellschaft wollen wir im Alltag besser unterstützen und ihnen das Leben leichter machen.

Dazu gehört ein einfacher, unbürokratischer Zugang zu Verwaltungsleistungen, öffentlichen Dienstleistungen und sozialen Leistungen. Alle öffentlichen Angebote müssen wohnortnah, barrierefrei und wenn möglich digital erreichbar sein. Alle Menschen, die ein Recht auf Unterstützung haben, sollen diese einfach und unbürokratisch erhalten.

Im Rahmen unserer Themenwoche vom 13. bis 21. April 2024 suchen wir dazu überall im Land das Gespräch mit den Bürger:innen. Wir möchten von ihnen wissen: Das Leben leichter machen – was braucht es dafür? Die Anregungen und Ideen werden wir auswerten und in unser Arbeitsprogramm einfließen lassen.



“Bezahlbares Zuhause,
gerechte Löhne,
gleiche Chancen -
wir wollen das
Leben leichter machen!”

**Mobile Sprechstunde & Infostand
am Mittwoch, 17. April von 9 bis 11**

 **Marienplatz
Innenstadt, Ahlen**

Foto: Michael Krümer

Die Umfrage.

Jetzt seid ihr dran. Ich möchte das Update nutzen, um Euch nach Eurer Meinung zu fragen. Wie die Abstimmung ausgegangen ist, könnt Ihr im nächsten Update einsehen.

Lockdown, Schulschließungen, Kontaktverbot: Gut vier Jahre nach dem Ausbruch der Corona-Pandemie fordern immer mehr Politiker:innen eine gründliche Aufarbeitung der Maßnahmen. Einig ist man sich in der Ampel, dass die Pandemie noch einmal aufgearbeitet werden soll. Hinter dem "Wie" steht bisher ein Fragezeichen.



Wie stehst du dazu?

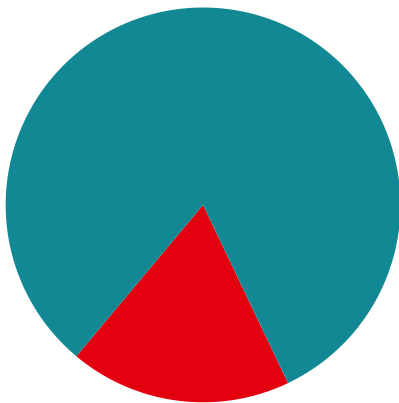
- » Ja, die Corona-Pandemie sollte aufgearbeitet werden.
- » Nein, es gibt aktuell wichtigere Probleme.

Hier könnt Ihr anonym online abstimmen!

Letzte Umfrage:

Bemühen sich Politiker:innen zu wenig um den Kontakt zur Bevölkerung?

So habt Ihr abgestimmt:



Ja, Politiker:innen bemühen sich zu wenig um den Kontakt.



Nein, Politiker:innen bemühen sich, im Austausch zu bleiben.

Eine Stimme aus der Umfrage: "Das Politiker-Bashing finde ich destruktiv für Demokratie und Gemeinwesen. Die Presse spielt dabei eine zündelnde Rolle."

90 Sekunden Grundgesetz - Der Videowettbewerb!

Dein Video im Kino! Das Grundgesetz - unsere Verfassung – wird am 23. Mai 75 Jahre alt. Im Mittelpunkt stehen dabei die Grundrechtsartikel, aber nicht nur sie. Kennst Du sie? Was bedeuten sie Dir? Schützen sie Dich? Würdest Du sie schützen? Sag uns Deine Meinung – und werde kreativ! Mach mit beim Videowettbewerb zum Geburtstag des Grundgesetzes!

Seit 75 Jahren ist unser Grundgesetz das Fundament unserer Gesellschaft, ein Dokument, das unsere Freiheiten, Rechte und Pflichten festlegt.

Es garantiert uns eine Vielzahl von Rechten, die wir oft als selbstverständlich betrachten. Die Freiheit der Meinungsäußerung ermöglicht es uns, unsere Gedanken und Ideen frei zu äußern, sei es online in sozialen Medien oder offline bei Demonstrationen. Die Pressefreiheit sichert uns den Zugang zu unabhängigen Informationen und ermöglicht es uns, die Welt um uns herum kritisch zu hinterfragen.

Wie erlebt Ihr das Grundgesetz im Alltag? Was schätzt Ihr an Euren Rechten, was betrachtet Ihr als Einschränkung oder nervige Pflicht? Wo muss nachgebessert werden?

Sagt uns Eure Meinung zu unserer Verfassung und unseren Grundrechten – in einem 90-sekündigen Video im Hochformat (Reels).

Eurer Kreativität sind dabei keine Grenzen gesetzt!

Die besten fünf Einsendungen werden am 27. Mai im SCALA, dem Filmtheater in Warendorf präsentiert. Zu gewinnen gibt es insgesamt 2000 Euro – für Eure Vereins-, Abschluss- oder Mannschaftskasse, oder vielleicht für den nächsten gemeinsamen Urlaub mit Freunden.

Preise:

- 1. Platz: 750€
- 2. Platz: 500€
- 3. Platz: 350€
- 4. Platz: 250€
- 5. Platz: 150€

Jugendpreise - 12 bis 15 Jahre:

- 1. Platz: 300€
- 2. Platz: 100€
- 3. Platz: 100€

Also – worauf wartet Ihr?

Werdet kreativ und macht Euch an's Werk!



Mehr Infos: www.bernhard-daldrup.de/grundgesetz

Wir möchten mehr sehen als die Mietpreisbremse.



Die Mietpreisbremse in angespannten Wohnungsmärkten gilt nur noch bis 2025. Bedeutet: Bei Abschluss eines Mietvertrags darf die Miete im Grundsatz nicht mehr als zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Sie soll bis 2029 verlängert werden, so im Koalitionsvertrag vereinbart. Mit CDU und CSU war in der letzten Wahlperiode keine längere Frist zu vereinbaren. Leider war das zuständige Justizministerium nicht bereit, die Koalitionsvereinbarung zeitnah umzusetzen. Jetzt hat die Regierung durch Einsatz von Bundeskanzler Olaf Scholz eine Lösung gefunden. Wir erwarten kurzfristig einen umsetzungsfähigen Gesetzentwurf, damit die Länder zeitnah die Verlängerung umsetzen können.

Obwohl im Koalitionsvertrag eine Reform des Mietrechts festgeschrieben ist, gab es lange Zeit keine Umsetzung. Auch über weitere Verbesserungen im Mietrecht müssen wir weiter diskutieren, um die Menschen im Land zu entlasten. Die Zusagen aus dem Koalitionsvertrag sind für uns nicht verhandelbar. Dazu gehört für uns die sogenannte Kappungsgrenze von 15 auf künftig 11 Prozent herabzusetzen, damit die Miete innerhalb von zwei Jahren nur um 11 Prozent maximal erhöht werden darf und zum Zeitraum der Mietspiegelbetrachtung verlängert wird, um preisdämpfend zu wirken.

Die Angriffe der FDP auf Bauministerin Klara Geywitz sind offenbar ein Ablenkungsmanöver und der Zusammenarbeit nicht förderlich. Wir erwarten Vertragstreue der FDP. Mehr nicht.

AG Kommunalpolitik.



Dieses Mal haben wir in der AG Kommunalpolitik über ein sehr wichtiges, aber auch oft nicht genug beleuchtetes Thema geredet: Die Eingliederungshilfe. Diese ist eine Hilfeleistung für Menschen mit Behinderung, welche sie bei allem finanziell unterstützen soll, was ihnen erlaubt ganz normal am Alltag teilzunehmen. Dabei handelt es sich ausdrücklich nicht um Geld für Pflege, sondern um alles weitere, wie bspw. Reha-Sport oder Hörgeräte. Dazu haben wir Takis Mehmet Ali, bei uns in der SPD-Bundestagsfraktion der Experte für die Integration von Menschen mit Behinderung, sowie Ana Teresa Domicke aus dem BMAS als Gäste empfangen.

Takis hat uns erklärt, dass es ein großes Problem mit der Finanzierung der Eingliederungshilfe gibt, welche ansonsten im Kern sehr gut und im internationalen Vergleich wirklich modern ist. Hier herrscht ein Flickenteppich vor, da diese von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich ist. In manchen Ländern wird sie vor allem von dem jeweiligen Land getragen, wie z.B. in Niedersachsen. In anderen Ländern, wie auch NRW, müssen die Kommunen aber zu 100% die Kosten übernehmen. In NRW passiert das über die Landschaftsverbände, den LWL und LVR, welche durch die Kommunen finanziert sind. Der Bund gibt den Ländern jährlich 5 Mrd. Euro, damit diese für die Eingliederungshilfe benutzt werden. Jedoch geben nicht alle Länder dieses Geld auch wirklich an die Kommunen weiter. Deswegen gibt es Hilfeschreie der Kommunen leider auch oft aufgrund fehlender Unterstützung der Bundesländer. Als Bundestag wird probiert, so weit wie möglich auszuhelfen, indem beispielsweise seit Januar 2020 die Kosten der Unterkunft sowie der Grundsicherung von Menschen mit Behinderung komplett übernommen werden. Für die Menschen selbst gibt es das Problem, dass zwar die Eingliederungshilfe sie finanziell sehr effektiv unterstützt, jedoch die Pflegeunterstützung zu niedrig ausfallen kann, weswegen die Eingliederungshilfe sozusagen die Pflegeunterstützung auffangen muss.

Im Bundestag werden wir als SPD weiterhin die Kommunen finanziell unterstützen und versuchen, den Bundesländern klarzumachen, dass die Eingliederungshilfe nicht nur eine kommunale, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Ab 2025 werden wir zudem für die Erhöhung der Pflegesätze kämpfen, damit die Eingliederungshilfe auch wirklich für das genutzt werden kann, wofür sie gedacht ist.

Einführung einer Bezahlkarte für Geflüchtete.

Um den digitalen Datenaustausch zwischen Ausländerbehörden und den Leistungsbehörden (wie Sozialämtern und Jobcentern) zu verbessern, beraten wir in dieser Woche den Gesetzesentwurf der Bundesregierung zur Anpassung von Datenübermittlungsvorschriften im Ausländer- und Sozialrecht (DÜV-AnpassG) abschließend. Die Behörden sollen durch die Digitalisierungsmaßnahmen auch entlastet werden. Zudem führen wir eine bundesweite Bezahlkarte für Geflüchtete ein. Mit den Vorhaben setzen wir auch Beschlüsse von Ministerpräsidentenkonferenzen um. Alle relevanten Informationen aus den Bereichen Integration, Arbeitsmarktzugang und soziale Leistungen sollen künftig im oder über das Ausländerzentralregister (AZR) gespeichert und abgerufen werden können. Das AZR soll auch zum zentralen Speicherort und Ausländerdateisystem ausgebaut werden. Dazu werden rechtliche Hürden für die Zulassung zum automatisierten Abrufverfahren aus dem AZR abgebaut und im AZR die Art der existenzsichernden Leistungen erstmalig erfasst. Ausländer- und Leistungsbehörden sollen durch diese möglichst automatisierte Datenübermittlung entlastet werden. Des Weiteren werden im Bereich der Dokumentenprüfung bundeseinheitliche IT-Sicherheitsstandards für die Datenverarbeitung bei Identitätssicherung und -überprüfung von Ausländer:innen etabliert (nach §49 Aufenthaltsgesetz oder §16 Asylgesetz).

Der Gesetzesentwurf dient auch dazu, die Bezahlkarte für Geflüchtete als Option in das Asylbewerberleistungsgesetz aufzunehmen. Damit setzen wir einen offenen Punkt aus dem MPK-Beschluss vom 6. November 2023 um. Mit der bundesweit einheitlich geregelten Bezahlkarte sollen die Barauszahlungen an Asylbewerber:innen neu geregelt und der Verwaltungsaufwand für Kommunen möglichst reduziert werden. Auch künftig können Asylbewerber:innen einen Teil ihrer Leistung in bar erhalten. An der Höhe der Gesamtleistung ändert sich nichts.

Überweisungen ins Ausland sind jedoch nicht möglich. Ebenso haben wir klargestellt, dass Direktzahlungen an Vermieter:innen ermöglicht werden. Wir haben ebenfalls klargestellt, dass Bargeld ausgezahlt werden kann, wenn mit der Bezahlkarte bestimmte Bedarfe nach dem SGB XII nicht gedeckt werden können. Letzteres gilt für den sogenannten Analogleistungsbezug, also nach 18 (künftig 36) Monaten Aufenthalt in Deutschland, wenn die Leistungen für Geflüchtete ungefähr der Höhe des Bürgergelds entsprechen.

Besuch der Sekundarschule Sassenberg.



Am vergangenen Mittwoch hat mich eine 10. Klasse der Sekundarschule Sassenberg im Deutschen Bundestag besucht. Im Paul-Löbe-Haus haben wir über aktuelle politische Themen diskutiert, beispielsweise über den Kampf gegen den Rechtsextremismus und die Legalisierung von Cannabis. Ein weiteres Thema war das Recht der Frauen auf Selbstbestimmung. Dazu gehört auch ein ungestörter Zugang zu Beratungsstellen und ärztliche Praxen für Schwangere.

Allerdings werden schwangere Frauen in Not- oder Konfliktlagen auf ihrem Weg zur Beratung immer wieder von Abtreibungsgegner:innen belästigt und massiv unter Druck gesetzt. Solchen frauenfeindlichen Gehsteigbelästigungen schieben wir jetzt einen Riegel vor. In dieser Woche beraten wir in erster Lesung über einen neuen Gesetzentwurf, der Gehsteigbelästigungen als Ordnungswidrigkeit mit einem Bußgeld von bis zu 5.000 Euro sanktioniert. Damit stärken wir die Selbstbestimmung von Frauen.



Wohnungsbautag 2024.

Wie kaum eine andere Branche ist die Bau- und Wohnungswirtschaft von der Zeiten- wende getroffen worden. Abrupt ansteigende Zinsen versetzten den hochpreisigen Wohnungsbau einen schweren Schlag: Inflation, Materialengpässe und gestiegener Baupreise in Kombination mit gestiegenen Energiepreisen potenzierten die Risiken.

Hinzu kam eine Wohnungspolitik, die den Bau bezahlbarer Wohnungen durch Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus in Kombination mit energetischen Anforderungen taten ein Übriges Die renditegewohnte Branche wurde überdies mit Innovationsdefiziten konfrontiert, die kaum öffentlich diskutiert werden. Angefangen von der versäumten Digitalisierung bis zum modularen und seriellen Wohnungsbau sind die zukunftsorientierten Herausforderungen nur von Wenigen angenommen worden.

Stattdessen das Lamento über einbrechende Genehmigungen, unzureichende Subventionen und bürokratische Hemmnisse, die durchaus auch ihre Berechtigung haben, aber keineswegs allein des Pudels Kern sind Denn leider ist der Rückgang der Wohnungsbautätigkeit ein Problem nahezu aller EU-Staaten - und nicht nur dort.

Die Antwort - im Wahlkampf und danach verspottet - auf die soziale Frage unserer Zeit mit einer Ausweitung des Wohnungsbaus auf 400.000 Wohnungen zu reagieren, wird längst von vielen Seiten übertroffen: Vom zentralen Immobilienausschuss bis zum Pestel Institut werden mittlerweile weitaus höherer Bedarf prognostiziert.

Was tun?

Von Beginn der Ampel hat es die Förderung des sozialen Wohnungsbaus als Schwerpunkt der Wohnungspolitik in dieser Legislaturperiode gegeben. Der ungebremsste Wegfall sozial gebundener Wohnungen von annähernd drei auf nunmehr rund eine Million Sozialwohnungen soll gebremst und wiederaufgebaut werden. Mittlerweile ist der Abstieg gebremst, in einigen Ländern entstehen wieder mehr neue Sozialwohnungen als aus der Bindung fallen.

Durchkreuzt wurden alle Anstrengungen zu einer neuen sozial geprägten Wohnungspolitik durch die Zeitenwende. Von rund 300.000 Baugenehmigungen Ende 2022 stürzten die Zahlen bis einschließlich November 2023 auf rund 238.500 Genehmigungen für Wohnungen- ein Rückgang um 25,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum und auch 2024 wird die Trendwende noch nicht wieder einreicht werden.

Parallel stieg die Zahl der Bauüberhänge, also der genehmigten Bauvorhaben auf die Rekordzahl von über 880.000 Wohnungen.

Dabei muss nicht erwähnt werden, dass die steigende Bevölkerungszahl und die damit verbundene Nachfrage die Knappheit vergrößert und ohne hinreichenden Mieterschutz die Mieten steigen.

Gegen diesen Trend haben wir die staatliche Förderung durch gezielte Programme entwickelt. Der Klimafreundlicher Neubau (2024: 762 Millionen Euro), das Wohneigentum für Familien (2024: 350 Mio. Euro), Jung kauft Alt (2024: 350 Mio. Euro), Ge- werbe zu Wohnen (2024: 120 Mio. Euro) und der Genossenschaftsförderung mit 15 Millionen) unterstützen wir den Wohnungsneu oder - umbau, damit der stockende Wohnungsbau endlich wieder an Fahrt gewinnt.

Am vergangenen Donnerstag habe ich ein Interview zum Wohnungsmangel dem Deutschlandfunk gegeben. Hört gerne hier rein.

Startchancen-Programm kann starten.

In kaum einem Land hängt der Bildungserfolg so sehr vom Elternhaus ab wie in Deutschland. Daher brauchen gerade Schulen in angespannten sozialen Lagen mit einer hohen Zahl von armutsgefährdeten Kindern mehr Unterstützung. Mit dem Startchancen-Programm lösen wir unser Versprechen ein und setzen das bedeutendste bildungspolitische Projekt dieser Koalition um. Zehn Jahre lang wird jährlich eine Milliarde Euro vom Bund direkt an bis zu 4.000 Schulen fließen. Die Länder geben den gleichen Betrag dazu und verdoppeln damit die Förderung. Das Geld wird nach Sozialkriterien an die Schulen verteilt – ein Paradigmenwechsel. 60 Prozent der Unterstützung gehen an Grundschulen, 40 Prozent an weiterführende Schulen. Die Schulen können in eine moderne Lernumgebung investieren, Schulsozialarbeitern:innen

finanzieren und bekommen Chancenbudgets zur freien Verfügung.

Die Bund-Länder-Vereinbarung steht. Das Programm kann ab August 2024 starten. Wir leisten damit einen wichtigen Beitrag für gleiche Bildungschancen unabhängig von der Herkunft.



**GLEICHE
STARTCHANCEN.
MEHR GELD FÜR
UNSERE SCHULEN!**

**Zehn Jahre. 20 Milliarden Euro
von Bund und Ländern.**

**Gezielte Unterstützung
für Schulen, verteilt nach
Sozialkriterien.**

SPD Fraktion im
Bundestag

SPD im Münsterland stellt Kandidierende vor: Gemeinsam für Europa werben



von links: Bernhard Daldrup, Madita Fester, Gilbert Wamba, Johanna Holtrup

Bernhard Daldrup, MdB und Vorsitzender des SPD-Münsterlandausschusses, stellt sie vor: Die insgesamt drei Kandidierenden der SPD für die Europawahl am 9. Juni. Madita Fester aus Münster, Johanna Holtrup aus dem Kreis Coesfeld und Gilbert Wamba aus dem Kreis Warendorf werden in den nächsten Wochen im gesamten Münsterland Werbung für die Europawahl und die SPD machen. Daldrup dankt ihnen für die Bereitschaft, sich dafür zur Verfügung zu stellen und die Motivation der WählerInnen, wählen zu gehen, zu steigern. „Europa verdanken wir unsere wirtschaftspolitische Bedeutung, unseren Wohlstand. Aber heute geht es um mehr – um Friedenssicherung und die Stärkung der Demokratie in Europa. Die Europawahl ist eine Zukunftsentscheidung. Das müssen wir bewusst machen – gerade auch den WählerInnen, die mit 16 Jahren zum ersten Mal wählen dürfen“, so Daldrup. Er begrüßt deshalb die „bunte“ Mischung der drei Kandidierenden, die von Alter, Vita, Beruf und Geschlecht einen guten Querschnitt der Wählerschaft und ihrer Interessen und Probleme abbilden.

Das spiegelt sich auch in den politischen Schwerpunkten der drei Kandidierenden, die alle SPD-Kernbereiche abdecken: **Johanna Holtrup**, Industriekauffrau aus Lüdinghausen, sieht ihre wesentlichen Ziele im Abbau von Bürokratie und der Vereinfachung von Regeln, der Stärkung von Arbeitnehmerrechten und drängt darauf, die Vorteile Europas besser sichtbar zu machen. „Natürlich besteht die Gefahr, dass in unsicheren Zeiten extreme Kräfte stärker werden. Hier stellen wir uns als SPD dagegen – ein Schlüssel für ein stärkeres Sicherheitsgefühl sind eine bessere Kommunikation der Vorteile der EU nach außen und innen und eine bessere politische Bildung“, zieht Holtrup daraus die Motivation, sich bis zum letzten Tag vor der Wahl klar gegen rechtsextreme Ideen zu positionieren.

SPD im Münsterland stellt Kandidierende vor: Gemeinsam für Europa werben

Gilbert Wamba, Ingenieur aus Beckum, verweist in diesem Zusammenhang auf die soziale Dimension der Politik der SPD – von der Kommune bis hin zur europäischen Ebene. „Wir lassen niemand zurück; die soziale Marktwirtschaft soll alle mitnehmen, auch in Europa. Das schafft eine gesellschaftliche Klimaverbesserung“, die er neben der auf die Umwelt bezogene für unbedingt notwendig hält. In diesem Kontext setzt sich Wamba auch für mehr Austausch unter den EU-Ländern und den Blick in den globalen Süden ein: „Städtepartnerschaften und Jugendaustausch schaffen gegenseitiges Bewusstsein und so etwas wie eine europäische Identität. Freunde greifen keine Freunde an.“

Schwerpunkte von **Madita Fester** aus Münster, Gesellschaftswissenschaftlerin und in der Hochschulpolitik aktiv, finden sich vor allem im Bereich der Bildungspolitik und der Digitalisierung – mit dem Hinweis auf die positiven Auswirkungen für eine starke Wirtschaft, aber auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit z.B. mit den Niederlanden. „Wir müssen Wechselwirkungen deutlich machen – ein höherer Mindestlohn sorgt für höhere Renten. Eine Entlastung kleiner und mittelständischer Unternehmen bei Regulierungen sorgt für mehr Wettbewerbsfähigkeit und erleichtert mehr Umweltschutzmaßnahmen.“

Einig sind sich die drei Kandidierenden darin, dass sie den Menschen, die Europa positiv gegenüberstehen – unter jungen Menschen sind das 73% - als überzeugte EuropäerInnen Zuversicht und Hoffnung vermitteln wollen: „Wir werben für die SPD und damit für ein Europa, das zusammenhält und auf Sicherheit, Wohlstand und Respekt basiert. Dazu gibt es keine Alternative.“

